

Mut, Tempo, Taten für Tübingen

Unser Programm für Tübingen



Unsere 10 T's für Tübingen

1. Traumhaftes Wohnen: Tübingen baut in die Zukunft!	4
2. Tempo in die Zukunft: Mobilität für jeden!	5
3. Tatkraft für Tübingen: Sicherheit gemeinsam gestalten!	7
4. Tradition und Technologie für wirtschaftliches Wachstum: Tübingen treibt an!	9
5. Technologie für Tübingen: Gemeinsam digital voran!	12
6. Talente fördern, Zukunft gestalten!	13
7. Teilhabe, Respekt, Vielfalt: Tübingen für alle!	15
8. Taktgefühl, Fürsorge und Gesundheit im Fokus!	18
9. Trendsetter für eine nachhaltige Zukunft!	19
10. Treffpunkt Tübingen: Tradition und Trend in Freizeit und Kultur!	20

Mut, Tempo, Taten für Tübingen.

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Wir übernehmen jeden Tag Verantwortung für unser Land. Wir wollen eine Gesellschaft, die frei, sicher und solidarisch zusammenlebt. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen. Wir orientieren uns an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in allen uns betreffenden Belangen: vom Klimaschutz über die Energieversorgung, vom Wohnungsbau bis hin zur Digitalisierung unserer Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft und Wirtschaft sollen sich frei und ohne jegliche ideologischen Vorgaben entwickeln können. Jedoch soll der Staat dort korrigierend eingreifen, wo Probleme sich nicht auf andere Weise lösen lassen.

Statt die Gesellschaft durch ideologische Politik zu lenken, arbeiten wir für ein Land, das frei und sicher ist; für eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet; für eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft; für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist; für eine Stadt, die funktioniert und vorangeht.

Wir brauchen mehr Freiheit, Mut, Aufbruch und Optimismus. Wer eine Idee hat, soll einfach mal loslaufen dürfen. Wir wollen Experimentierräume einführen, damit Ideen getestet werden können. Was floppt, wird gestoppt – und was gut läuft, wird ausgerollt. Deshalb ist „Einfach mal machen!“ unser politisches Motto dieser Tage. Wir wollen uns mit Mut, Tempo und Taten für Tübingen einsetzen.

Danach haben wir unser Wahlprogramm ausgerichtet und danach möchten wir Tübingen in den nächsten fünf Jahren gestalten.

Ihr



Armin Mozaffari Jovein
Vorsitzender CDU-Stadtverband

Ihr



Rudi Hurlebaus
Stv. Fraktionsvorsitzender

1. Traumhaftes Wohnen: Tübingen baut in die Zukunft!

Tübingen soll weiterhin wachsen dürfen. Dafür bedarf es aber auch der **Ausweisung neuer Baugebiete**, wie des Saibens. Hier gilt es jedoch, nachhaltig und verantwortungsvoll mit den verfügbaren Flächen zu wirtschaften sowie die notwendige Infrastruktur ebenfalls auszubauen. Eine **höhere Flächeneffizienz** kann etwa durch eine angepasste Wohnungsaufteilung, wie auch die Aufstockung von Gebäuden erreicht werden. So wird zusätzlicher Wohnraum geschaffen, ohne dass neue Flächen versiegelt werden müssen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, **ausreichend Frei- und Grünflächen auszuweisen** - auch bei etwaigen Nachverdichtungen. Die Bebauungspläne müssen so angepasst werden, dass sie das ermöglichen können.

Um **Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen**, muss die Verwaltung personell so aufgestellt sein, dass die Verfahren ohne größere Verzögerungen abgeschlossen werden können.

Die Bebauung muss **angemessenes und bezahlbares Wohnen in jedem Alter und jeder Lebensphase** ermöglichen. Dazu gehören Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser für Familien ebenso wie der Geschosswohnungsbau, „Tiny Houses“, Mitarbeiterwohnungen, Mehrgenerationen-Modelle und Seniorengemeinschaftswohnungen.

Ebenso befürworten wir den Bau von kleinen Wohnungen für junge Menschen, gerade auch um unserem Status als Universitätsstadt gerecht zu werden. Um den Wohnungsmarkt zu entlasten, muss zu diesem Zweck auch das Studierendenwerk wieder in die Pflicht genommen werden, neue Studentenwohnheime zu bauen und die bestehenden effizient zu verwalten. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssen sich weiter darum kümmern, **bezahlbaren Wohnraum** für jede Lebenslage zu schaffen. Dazu bietet sich auch das Bauen mit reduzierten Standards an.

2. Tempo in die Zukunft: Mobilität für jeden!

Fußgängerverkehr

Die Stadt muss bei der **Mobilität Fußgänger** in der Stadtplanung und im Stadtleben gleichrangig berücksichtigen. Dafür braucht es auch die Barrierefreiheit an Gehwegen für Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühle.

Fußgängerrouen sowie klar definierte **Fußgängerzonen müssen ausgewiesen werden**, die an kritischen Punkten farblich gekennzeichnet sind. Die Hauptrouen in der historischen Altstadt sollen tagsüber als Fußgängerzone ausgewiesen werden. Auch muss es weitere **beschleunigte Ampelschaltungen für Fußgänger** geben, wo dies möglich ist. Zur Erhöhung der Sicherheit muss sichergestellt sein, dass alle Fußgängerüberwege ausreichend ausgeleuchtet sind.

Um Konfliktsituationen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu reduzieren, sollte **Begegnungsverkehr vermieden** werden. Fußwege sollten **klar gekennzeichnet** sein.

Radverkehr

Das **Radrouenkonzept mit Kernrouen** ist sinnvoll, braucht aber eine Verbesserung der Oberflächenqualität der Radwege und der Linienführung. Um mehr Sicherheit auf den Fahrradrouten zu gewährleisten, brauchen sie eine bessere Sicherheitsausstattung, z. B. durch Spiegel an Ecken von Unterführungen.

Zügige Dauergeschwindigkeiten können dadurch ermöglicht werden, dass **Radhauptrouen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden**. Abstell- und Anschließmöglichkeiten für Fahrräder an frequentierten Stellen sollen erweitert werden.

Dabei ist es wichtig, dass ein **Radverkehrskonzept** auch andere Fortbewegungsmittel (Fußgänger, PKW-Fahrer oder E-Scooter) miteinschließt, um die zahlreichen Konfliktsituationen der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu entschärfen.

Fortbildungsveranstaltungen zu den Verkehrsregeln in Deutschland, z.B. durch Verkehrsinitiativen, sollen ein sicheres Miteinander unserer Bewohner, die aus vielen Ländern der Welt stammen, im Verkehr fördern.

PKW

Autostraßen dürfen nicht einseitig zugunsten des Radverkehrs zurückgebaut werden. Die Einführung eines **Tempo-Konzeptes im Stadtgebiet** reduziert die derzeitige Unübersichtlichkeit bezüglich der Geschwindigkeitsgebote. Dort, wo es die Verkehrslage zulässt und es den Verkehrsfluss verbessert, soll auch nach wie vor mit Tempo 50 gefahren werden können – insbesondere auf den Hauptverkehrsrouten. Zusätzlich sollen **intelligente Steuerungen** (z.B. die Anzeige von Grünphasen, digitale Tempoanzeige), den **Verkehrsfluss optimieren**.

Zur Entlastung der Ost-West-Achse und zur Reduzierung der Lärm- und Schadstoffbelastung im angrenzenden Stadtgebiet ist schnellstmöglich und ohne weitere Verzögerung mit der **Realisierung des Schindhaubasistunnels** zu beginnen.

PKW sind nach wie vor unverzichtbarer Teil des Straßenverkehrs und benötigen weiterhin ausreichend Parkraum, auch für Berufspendler. Dieser darf nicht systematisch reduziert werden, etwa durch den Rückbau von Autostraßen zugunsten des Fahrradverkehrs.

In den kommenden Jahren dürfen die **Parkgebühren** für Anwohner und Gewerbetreibende nicht weiter erhöht werden. Günstige Parkgebühren für Stellflächen außerhalb von Parkhäusern müssen gewährleistet sein.

Die **Wartung und Instandhaltung von Wegen und Straßen** wurde in den vergangenen Jahren an vielen Stellen vernachlässigt. Das Baustellenmanagement, also die abgestimmte Durchführung von Bautätigkeiten, muss hierfür optimiert werden, um die Einschränkungen der Verkehrsteilnehmer möglichst gering zu halten. Geplante Bauvorhaben im Straßenverkehr müssen rechtzeitig und angemessen vorab kommuniziert werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Wir stehen weiterhin zur „**Regional-Stadtbahn Neckar-Alb**“. Gemäß des Bürgerentscheids sprechen wir uns für die alternativen Routen **der Innenstadtstrecke Tübingen** aus (d.h. keine Streckenführung durch die Mühlstraße).

Wir begrüßen die zügige Fertigstellung des **Moduls 1 der Regionalstadtbahn** (Herrenberg - Tübingen - Reutlingen - Bad Urach). Die **Bestandsstrecken** sollen so **ausgebaut** werden, dass sie auch die Neckar-Alb-Bahn und Neckartalbahn mit den zusätzlichen Haltestellen Behördenzentrum, Steinlachwasen, Weilheim, Bühl umfasst. Auf der Ammertalbahn muss die Betriebssicherheit erhöht werden, da es nicht sein kann, dass diese viel genutzte Strecke von ständigen Zugausfällen und Verspätungen betroffen ist.

Die Zuverlässigkeit des städtischen Busverkehrs soll aufrechterhalten und durch eine Evaluation und Behebung von Verspätungsursachen verbessert werden. Haltestellen im Stadtgebiet wie in den Teilorten müssen barrierefrei zugänglich sein. Das Verkehrskonzept der innerstädtischen **Schnellbusse** möchten wir aufrechterhalten und auf Verbesserungspotenzial untersuchen.

Wir prüfen die Umsetzung eines „**Park and Ride**“-Konzeptes, wenn möglich durch die Einbeziehung von Gemeinden aus der Region. Pendlern aus dem Umland muss es ermöglicht werden, am Stadtrand (z.B. am Festplatz oder dem Bahnhalt Lustnau) ihr Auto abzustellen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln von dort aus zu ihren Arbeitsstellen zu fahren.

3. Tatkraft für Tübingen: Sicherheit gemeinsam gestalten!

Sicherheit

Freiheit bedingt die Sicherheit, sie ausleben zu können - objektiv wie auch subjektiv. In den vergangenen drei Jahren hat das **subjektive Sicherheitsgefühl** der Bürger in Tübingen durch die vielen Berichte über gewalttätige Auseinandersetzungen und Übergriffe abgenommen, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Kinder oder ältere Menschen. **Die objektive Sicherheit muss auf hohem Niveau erhalten bleiben.** Es bedarf einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Menschen in Tübingen, damit sich jeder in der ganzen Stadt fortbewegen kann, ohne sich unsicher fühlen zu müssen.

Dazu gehört auch nach wie vor die **Verminderung von Dunkelfeldern**, die u.a. im Bereich Kliniken Berg, Alter Botanischer Garten, Anlagenpark sowie den Altstadtgassen weiterhin bestehen. Durch eine Verbesserung des Beleuchtungskonzeptes, auch durch die Installation weiterer **LED-Straßenlaternen mit Bewegungsmeldern** („Licht nach Bedarf“), ebenfalls an Fahrradwegen, kann dem entgegengewirkt werden.

Die **Installation von Überwachungskameras an neuralgischen Orten**, beispielsweise auf dem Bahnhofsvorplatz, am Alten Botanischen Garten, im Anlagenpark, der Uhlandstraße sowie in der Platanenallee, soll dabei helfen, sowohl die objektive Sicherheit aufrechtzuerhalten sowie die subjektive Sicherheit zu gewährleisten. Überwachungskameras können durch unsere Beamten verantwortungsvoll und mit datenschutzfreundlichen Konzepten eingesetzt werden und dadurch einen großen Beitrag zu unserer Sicherheit leisten. Grundsätzlich braucht es eine Null-Toleranz-Politik, die auch kleine Vergehen verfolgt. Nur so kann eine erhebliche Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden.

Wir setzen uns für eine weitere Ausweitung des **kommunalen Ordnungsdienstes** ein. Das kommunale Ordnungspersonal muss in der Tübinger Altstadt vor allem abends stärker präsent sein können. Wir behalten uns nach wie vor die Überprüfung einer Waffenverbotszone vor (z.B. im Alten Botanischen Garten, in der Tübinger Altstadt), wenn hierfür die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind. Durch eine Waffenverbotszone wird es unseren Beamten schneller ermöglicht, eingreifen zu können und das Mitführen von Messern über 4cm Klinglänge zu verbieten.

Als Präventionsmaßnahme und zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens können **Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse** eine sinnvolle Ergänzung sein. Um eine größere Breitenwirkung zu erzielen, könnte es hierfür Zuschüsse der Stadt bei entsprechenden Anbietern geben.

Ordnung

Das **Schadensmanagement der Stadt** muss weiterentwickelt und verbessert werden. Neben den bereits existierenden städtischen Telefonnummern möchten wir eine **einheitliche App-Lösung („Tübingen-App“)** und Seite auf der Homepage, die es ermöglicht, Schäden sowie Schmierereien an öffentlichen Gebäuden und Anlagen schnell und einfach auf einer Straßenkarte zu melden. Dabei kann zugleich die Art der

Sachbeschädigung und der Gefahrenquelle vermerkt werden. So kann die Stadtverwaltung die Informationen schnell erhalten und zeitnah reagieren.

Um das **saubere Erscheinungsbild** einer familien- und touristenfreundlichen Stadt zu verbessern, braucht es die Aufstellung zusätzlicher Müllbehälter. Auch öffentliche Toilettenanlagen müssen regelmäßig gereinigt und auf ihre Hygiene überprüft werden. Verunreinigungen durch Graffitis müssen schneller beseitigt werden, die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden. Durch die Bereitstellung legaler Sprayflächen erhalten Graffitikünstler und Jugendliche ausreichend Raum, sich selbst zu entfalten. Gegen bloße Schmierereien in der Stadt sollen private Hauseigentümer Zuschüsse dafür erhalten können, **permanenten Graffitischutz** auf den Außenflächen ihrer Häuser anzubringen.

Auch für diese Zwecke müssen der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) und die Kommunalen Servicebetriebe (KST) personell aufgestockt werden.

Bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand und sollen auch dort bleiben, so etwa die **Müllabfuhr**. Die bisherige Müllentsorgung ist zuverlässig und effizient. Die Kommunalen Servicebetriebe (KST) sollen auch weiterhin im Auftrag der Stadt die Entsorgung übernehmen. Hierfür bedarf es einer zuverlässigen Finanzierung.

4. Tradition und Technologie für wirtschaftliches Wachstum: Tübingen treibt an!

Wirtschaft

Damit Tübingen als attraktiver Wirtschaftsstandort erhalten bleiben kann, muss es örtlichen Betrieben möglich sein, ihre Standorte zu erweitern und auch neue Gewerbebetriebe müssen sich ansiedeln können. Hierfür muss die Stadt weiterhin **ausreichend Flächen für familiengeführte, aber auch arbeitsplatzintensive Gewerbe- und Industriebetriebe bereitstellen**. Die **Gewerbsteuer darf in den kommenden Jahren unter keinen Umständen weiter erhöht** werden, um die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes nicht durch übermäßig hohe Standortkosten zu gefährden.

Die Wirtschaft und insbesondere das Handwerk ist geplagt von Überregulierung und zu hohen Standards. Wir wollen solche **ideologischen Reglementierungen vor Ort reduzieren und an den Landesdurchschnitt annähern**. Damit sollen die Menschen, die unternehmerisches Risiko persönlich in Kauf nehmen und dadurch einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, Anerkennung erfahren und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung für handwerkliche Leistungen verbessert werden können. So kann das Herabsenken der Dämmstandards im Handwerk auf den Landesstandard etwa auch einen Beitrag dafür leisten, dass die Genehmigungsverfahren von der Verwaltung effizienter und schneller durchgeführt werden. Darüber hinaus muss die breite Nahversorgung der Bürger gewährleistet werden. Örtliche Handwerksbetriebe brauchen diese essentiellen Entlastungen, um fortbestehen zu können.

Zur Versorgungssicherheit gehört auch, Handwerksbetrieben in der Kernstadt und den Teilorten eine Erleichterung von der Parkraumbewirtschaftung zukommen zu lassen. Die sog. „blaue Karte“ soll auch Handwerksunternehmen von außerhalb flexible Lösungen anbieten können, ohne dass sie direkt teure Jahresabonnements abschließen müssen.

Um weiterhin ein attraktiver Wirtschafts- und Forschungsstandort an der Spitze der Entwicklung zu bleiben, braucht es Anreize dafür, dass sich Träger **innovativer Technologien** bei uns ansiedeln wollen und können. Damit der Fortschritt in wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand umgewandelt werden kann, benötigt unsere Stadt starke Industriepartner. Hierfür müssen wir die notwendigen Weichen stellen. Dies bedeutet, das „Cyber Valley“ weiter zu fördern und den erfolgreichen Biotechnologie- und Medizintechnikfirmen am **Technologiepark-Standort „Obere Viehweide“** die Möglichkeit zu bieten, neue Arbeitsplätze zu schaffen und wirtschaftlich zu expandieren. Dafür muss es auch hinreichend Verkehrsmöglichkeiten sowie Zufahrtswege zum Arbeitsplatz einschließlich benötigten Wohnraums in der Umgebung geben.

Die **Ansiedlung von Startups** in Tübingen soll weiter vorangetrieben werden. Dafür müssen noch mehr bürokratische Hürden abgebaut werden. Mit der Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten leistet die **„Wirtschaftsförderung**

Tübingen“ (WIT) schon jetzt einen wichtigen Beitrag und soll diesen auch zukünftig noch mehr leisten.

Unsere Altstadt soll auch weiterhin lebendig bleiben. Zu diesem Zweck muss die dringend notwendige **Erneuerung der Altstadtsatzung** gut ausgestattete öffentliche Flächen wie Fußgängerzonen, Plätze und Grünanlagen sowie eine weitere **Ausweitung der Außengastronomie** beinhalten. Zulassungsregeln für Handels- und Gastronomiebetriebe („Mixed-Use“) sollen flexibilisiert werden, damit den vielfältigen Geschäften in der Altstadt wieder mehr Leben eingehaucht werden kann. Um Leerstände zu vermeiden, sollen **neue Verkaufsformen** (z.B. „Pop-up-Stores“) ermöglicht werden, die durch die Wirtschaftsförderung WIT gefördert werden.

Um Touristenströme noch klarer zu lenken, soll im Rahmen der Wirtschaftsförderung ein klares Touristen-Leitsystem eingeführt werden. Dadurch werden auch solche Einkaufslagen abseits der Haupt-Touristenrouten durch eine gezielte Routenführung für Touristen erschlossen (z.B. vom Westen her), alternative Rundwege erschließen darüber hinaus weitere Sehenswürdigkeiten, wie z.B. die paläontologische Sammlung.

Auch die Gestaltung des Europaplatzes stellt die Stadt vor eine wichtige Entscheidung und bringt schon jetzt eine Vielzahl an Ideen mit sich. Um diesen Ideen ihre volle Bedeutung beimessen zu können, sollte hierüber **nicht voreilig entschieden** werden. Statt schon jetzt eine einseitige Festlegung zu befürworten, sprechen wir uns für einen **offenen Ideen- und Gestaltungswettbewerb** aus, der dem Europaplatz zu seiner optimalen Gestaltung verhelfen soll.

Finanzen

Tübingen braucht wieder **finanzielle Stabilität**. Der kommunalpolitische Schaukelkurs zwischen solchen Jahren bester Einnahmen und zugleich höchsten Ausgaben und solchen Jahren, die schlecht und finanziell kaum tragfähig verliefen, muss beendet werden. Die Stadt muss leben, mit ihrem Haushalt auszukommen, ohne ständig immer neue Einnahmequellen zu Lasten der Allgemeinheit zu finden. Das ist die Stadt den vielen Initiativen, Gruppierungen, Vereinen, Institutionen und den Bürgern Tübingens schuldig. Daher darf die **Grundsteuer** zum Stopfen von vermeidbaren Haushaltslöchern **nicht weiter erhöht werden**. Ebenso muss die **Verpackungssteuer nach ihrer Effektivität evaluiert** und gegebenenfalls **abgeschafft** werden.

Tübingen braucht nicht nur eine „**Null-Verschuldung**“ im Kernhaushalt und bei allen städtischen Tochterfirmen, sondern auch eine echte **Rücklagenbildung**. Nur damit sind künftige Aufgaben der Stadt abzusichern und es können Risiken der Haushaltsentwicklung, der Konjunktur und der weltpolitischen Entwicklung abgedeckt oder im Voraus abgesichert werden.

Energie- und Wasserversorgung

Für die Stärkung der lokalen Energieversorgung braucht es den Bau weiterer **Photovoltaikanlagen** (z.B. über Parkflächen, auf Dächern), ohne jedoch weitere landwirtschaftliche Flächen unnötig zu verbrauchen.

Private Photovoltaikanlagen müssen fortlaufend gefördert werden - allerdings nur in

Verbindung mit **Eigenverbrauch**, Speicherung und Netzverträglichkeit. Dabei muss sich die Stadt Tübingen an Maßnahmen zum **Netzausgleich** beteiligen (z. B. Speicher). Ebenso muss die Entwicklung von „Microgrids“ zum Netzausgleich (z. B. durch Einbindung intelligenter Ladestationen für E-Mobile) gefördert werden. Die Verteilnetze müssen analysiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Tübingen muss den **Fernwärmeausbau vorantreiben**. Sofern möglich, ist zu prüfen, ob in diesem Bereich die Umstellung auf erneuerbare Energien erfolgen kann.

Die **Wasserversorgungssicherheit muss durch Analyse der Brunnenleistung und Pufferbecken erhöht werden**. Gleichzeitig bedarf es den etwaigen Ausfall der Bodenseewasserversorgung zu betrachten, damit die Betriebssicherheit auch in Trockenperioden sichergestellt werden kann. Im Zuge dessen muss die Stadt ein **Wassersparkonzept entwickeln**, welches zeitnah umgesetzt werden kann.

5. Technologie für Tübingen: Gemeinsam digital voran!

Tübingen als Stadt des Cyber Valleys benötigt ein **umfassendes Digitalisierungskonzept**, um auch als Stadt nicht abgehängt zu werden. Tübingen soll sich zur vernetzten und digitalen Stadt weiterentwickeln können („**Smart City**“). Wir unterstützen die Arbeit des Digitalisierungsbeauftragten in der Stadtverwaltung, der auch Digitalisierungspotenziale identifizieren und ausbauen soll.

Künftig soll es den Bürgern möglich sein, neben den analogen Bürgerdiensten auch weitgehend bürgerfreundlichen **digitale Bürgerdienste** in einem „**one-stop-shop**“ in Anspruch zu nehmen. Von der Wohnungsanmeldung zur Ummeldung bis zur Baugenehmigung müssen Dienste online, leicht bedienbar, barrierefrei und rund um die Uhr zur Verfügung stehen.

Das erfordert auch, dass die **digitale Infrastruktur in den Verwaltungsgebäuden ertüchtigt** wird. Digital unerfahrenen Personen und Berufsgruppen in Verwaltung und Bürgerschaft soll durch Unterstützungs- und **Fortbildungsangebote die Teilhabe ermöglicht werden**.

In einer „**Tübingen-App**“ soll es für die Bürger vielzählige Einsatzmöglichkeiten geben: von der Schadensmeldung über die nachbarschaftliche Hilfe (digitales „Schwarzes Brett“) bis hin zur Barrierefreiheit („Wheelmap“) und der Inanspruchnahme digitaler Bürgerdienste. Hierzu möchten wir die App der Universitätsstadt Tübingen weiter ausbauen, in der die verschiedenen Angebote und Bedarfe vernetzt sind. Digitale Bürgerbefragungen möchten wir weiterhin durchführen können.

Die Tübinger Schüler sollen fit für den digitalen Wandel werden. In Kooperation zwischen städtischen Schulen, der Universität und der Wirtschaft sollen digitale Kompetenzen erlernt werden und Schüler sich etwa beim Programmieren und anderen IT-Diensten ausprobieren können. **Digitale Klassenzimmer** (Tablets, digitale Tafeln, WLAN) müssen in Tübingen auf dem neuesten Stand der Technik sein.

Um vielen Menschen unsere schöne Stadt und ihre Geschichte näher bringen zu können, möchten wir sie zudem durch „**Augmented Reality**“ (**AR**) erlebbar machen. „**Virtual Reality**“ (**VR**) kann eine Möglichkeit für die Bürger sein, auch von zuhause an Gemeinderatssitzungen teilhaben zu können.

6. Talente fördern, Zukunft gestalten!

Bildung

Erzieher müssen fortlaufend die Möglichkeit haben, sich **fort- und weiterzubilden**. Die Verfügungszeit der Pädagogen soll durch Hilfskräfte z.B. an Mittagstischen unterstützt werden. Insbesondere gilt es, die Attraktivität der Ausbildung durch die Schaffung von PIA-Plätzen zu erhöhen. Im Mittelpunkt der Kindertagesstätten und Kindergärten muss immer die Arbeit am Kind stehen. Daher muss der **bürokratische Aufwand** durch die vielen Dokumentationspflichten reduziert werden, damit die Erzieher mehr Zeit für ihre pädagogischen Hauptaufgaben haben.

Alle Schularten sollen die Möglichkeit erhalten, freiwillige **Betreuungsangebote über die regulären Schulzeiten hinaus** sowie in den sogenannten „Hohlstunden“ anzubieten. Dadurch können eine intensivere pädagogische Förderung der Kinder gewährleistet und die Eltern unterstützt werden. Dies erfordert die qualifizierte Schulsozialarbeit sowie die **Sonderpädagogik** weiter auszubauen. Besonders wichtig ist zudem, dass der **Schwimmunterricht** an allen Grundschulen zum Erlernen des lebensrettenden Schwimmens **gewährleistet** ist.

Zur besseren Planbarkeit von Familie und Beruf soll an allen Grundschulen das freiwillige Angebot zur Ganztagsbetreuung eingerichtet werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Personalplanung längerfristig zu sichern. Dies kann sowohl durch die **Kooperation mit außerschulischen Partnern**, Vereinen und Kirchen zur Betreuung einerseits als auch durch die individuelle Förderung andererseits ermöglicht werden.

Lehrkräfte sind mittlerweile mit zu vielen weiteren Aufgaben neben dem Unterricht belastet. Durch die **Entlastung von Lehrkräften** durch Themenfelder, die „outgesourced“ werden können, zum Beispiel die IT-Betreuung, sollen sie die Möglichkeit erhalten, sich auf ihre Hauptaufgabe zu konzentrieren.

Die **Gemeinschaftsschule** kann nur mit gymnasialer Oberstufe ihrem Anspruch, alle Niveaus zu unterrichten, gerecht werden. Bisher schafft sie eine zusätzliche, pädagogisch anders ausgerichtete Ergänzung zu den klassischen Gymnasien in Tübingen (u.a. G9, Coaching, alternative Lernformen) und führt zum selben Abitur wie die allgemeinbildenden Gymnasien, ohne sich fachlich spezialisieren zu müssen. Diese bietet zudem den Schülern ein **durchlässiges System**, in dem jeder Schüler den Abschluss machen kann, der seinen Fähigkeiten entspricht.

Die schulische Vielfalt ist ein großer Vorteil und kein Nachteil. Die **Wiedereinführung einer Realschule in Tübingen** soll es Schülern ermöglichen, eine echte Wahlfreiheit der verschiedenen Schularten zu erhalten. Realschulen bieten den Schülern einen besseren Einblick in Betriebe und Unternehmen und bereiten die Schüler besser auf den Wechsel zu einem Berufskolleg vor. Modelle wie „5 Tage - 5 Berufe“ vertiefen den praxisbezogenen Einblick in die lokale Wirtschaft und die berufliche Bildung.

Ausbildungsberufe müssen die **gleiche Wertschätzung** wie akademische Berufe erhalten - auch in einer Universitätsstadt. Junge Menschen müssen ermutigt werden, sich für eine Ausbildung zu entscheiden. Dafür braucht es moderne Berufsschulen und

eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen. Um auch in Tübingen den Fachkräftemangel effektiv zu beheben, muss vor Ort Arbeits- und Fachkräftepotenzial besser gefördert und ausgeschöpft werden.

Wissenschaft

Wir sind stolz auf unsere exzellente Universität in Tübingen. Die wissenschaftlichen Einrichtungen, Forscher und Lehrbeauftragte der Universität verschaffen unserer Stadt international Anerkennung und einen guten Ruf. Zudem gehören die Universität und das Klinikum zu den größten Arbeitgebern in der Stadt. Damit die **Eberhard Karls Universität als Exzellenzuniversität** diese lange Tradition seit 1477 fortsetzt, muss die Stadt die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit die Universität sich auch zukünftig in einem internationalen Wettbewerbsumfeld behaupten kann. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Stadtverwaltung und Universität muss gewährleistet sein, um das gegenseitige Verständnis zu erleichtern. Wir schlagen einen monatlichen „Jour fixe“ zwischen einem Bürgermeister und Vertretern der Universitätsleitung vor. Dazu gehören auch gemeinsame Veranstaltungen mit der Universität im Rahmen der 550-Jahr-Feier im Jahre 2027 sowie die Unterstützung der notwendigen **Neubaupläne von Universitätsgebäuden**.

Internationale Gastwissenschaftler und Studenten müssen in Tübingen oder einer umliegenden Gemeinde Wohnraum finden können. Sie gehören zu unserer Kultur und zur Universität.

Universitätsnahe **Startups** und Ausgründungen aus dem universitären Bereich benötigen in der Stadt noch bessere Rahmenbedingungen. Durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten und Beratung kann für sie ein wichtiger Beitrag geleistet werden. Insbesondere im Biotech- und KI-Bereich finden wir Beispiele, die für die zukünftige Entwicklung Tübingens Vorbildcharakter haben.

7. Teilhabe, Respekt, Vielfalt: Tübingen für alle!

Familien

Familien müssen bei der eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen bestmöglich unterstützt werden. Dazu gehört auch die **größtmögliche Wahlfreiheit** der Eltern bei der Betreuung und Beschulung ihrer Kinder.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken, sollen **Öffnungszeiten** von Kindertagesstätten besser aufeinander abgestimmt und flexibel gestaltet werden. Das Wichtigste ist jedoch die **Zuverlässigkeit der Betreuung**. Die Stadt muss in der Anwerbung notwendiger Fachkräfte für die Betreuung unserer Kinder unterstützend wirken, um möglichst vielen Kindern einen Betreuungsplatz anbieten zu können. Zudem muss die Tageselternbetreuung durch eine stärkere Kooperation mit dem Tageselternverein ausgebaut werden.

Der bauliche Zustand einiger Spiel- und Abenteuerplätze für die Altersgruppen bis 14 Jahre ist schlecht und muss überprüft werden. Anschließend müssen Sanierungsmaßnahmen erfolgen, um den Kindern in unserer Stadt möglichst viele wohnortnahe Spielmöglichkeiten für ihre persönliche Entfaltung bieten zu können.

Um unsere Stadt noch familienfreundlicher zu gestalten, muss beim Bau von neuen Wohnungen der Fokus auch auf größeren, flächeneffizienten Wohnungen, die für Familien geeignet sind, liegen.

Senioren

Damit das Seniorenleben in den acht Teilorten und den Stadtteilen verbessert wird, sollen **Patenschaften von Seniorenheimen und -treff** gefördert werden sowie weitere Begegnungsmöglichkeiten zwischen Jung und Alt, vor allem in den Stadtteiltreffs, geschaffen werden.

Senioren- und Mehrgenerationenwohnen müssen finanziell unterstützt und die Vermittlung dieser ausgebaut werden. Zudem muss die Nachbarschaftshilfe und Tagespflege deutlicher gestärkt werden sowie eine Unterstützung durch Teilzeitkräfte, beispielsweise für eine Wochenend-Betreuung, ermöglicht werden.

Junge Menschen

Jugendtreffs sowie das Jugendcafé sollen finanziell stärker gefördert und ausgebaut werden, um den Austausch junger Menschen untereinander zu fördern. Zudem sollen weitere **Treffpunkte für unter 18-Jährige** geschaffen werden, womit auch das Feiern in sicheren Räumen für U18-Jährige ermöglicht werden kann.

Um jungen Menschen die stärkere Teilhabe am vielfältigen Kulturleben in der Stadt zu ermöglichen, soll der **Jugendkulturpass** eingeführt werden.

Zur **Förderung des Freiwilligendienstes**, wie z.B. BFD oder FSJ-Stellen, soll die Stadtverwaltung diese Stellen besser bewerben und eine Übersicht dazu erstellen.

Integration

Integration ist für uns das Zusammenwachsen auf Augenhöhe. Dabei ist es wichtig, dass Menschen, die in unserer Stadt leben möchten, zentrale Werte und Normen entsprechend unserem Grundgesetz annehmen. Dazu gehört auch die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.

Für eine aktive Integration brauchen wir einen echten Austausch zwischen Tübinger Einwohnern und Geflüchteten. Daher muss das Asylzentrum weiterhin unterstützt und direkte Begegnungen in den Stadtteiltreffs vorangebracht werden, wie beispielsweise die „**Integrations-Treffs**“ im Rahmen von themengebundenen Stadtteiltreffs (z.B. „Fahrradwerkstatt für alle“).

Die Integration von Menschen aus anderen Ländern geschieht vor allem durch das Erlernen der deutschen Sprache und die Teilnahme am Arbeits- und Vereinsleben. Alle hier lebenden Migrant*innen müssen daher dringend ersucht werden, an **Sprachschulungen** bis zum Level B2 teilzunehmen. Alle Kinder und Jugendliche müssen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, wenn sie in die allgemeinbildenden Schulen eintreten. Die Stadt muss den zügigen Ausbau von Sprach-Kitas vorantreiben. Zur Integration und Sprachförderung gehört zwingend der Abbau von Sprachbarrieren. So müssen zur Verbesserung der **Verständlichkeit von Verwaltungstexten** dringend und ausnahmslos die amtlichen deutschen Rechtschreibregeln eingehalten werden. Politische Konzepte zur sog. geschlechtergerechten Sprache wirken dahingehend kontraproduktiv und hemmen die Integration. Hinzukommend müssen möglichst viele Verwaltungstexte in **Leichter Sprache** zugänglich gemacht werden.

Eine **Sprachkursteilnahme und paralleles Arbeiten** (auch ehrenamtlich) muss stärker gefördert werden. Um dies und die damit verbundene Integration in den Arbeitsmarkt und soziale Kreise zu ermöglichen, gilt es, die Vermittlung so einfach wie möglich zu gestalten, z.B. durch Erstellen eines Katalogs mit freien Arbeits- und Praktikumsplätzen, der leicht einsehbar auf der Homepage der Stadt veröffentlicht wird.

Die Stadt Tübingen muss den Landkreis bei der zügigen, rechtssicheren Einführung einer **Bezahlkarte** unterstützen.

Menschen mit Handicap

Der europaweite Barcelona-Prozess, der u.a. eine volle Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen anstrebt, muss ein Ideal für Tübingen sein. Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum muss stärker ausgebaut werden, beispielsweise durch **rollstuhlgerechte Wege in der Altstadt und an den Hauptfußgänger*innenrouten** im Stadtgebiet.

Für einen schnellen, pragmatischen Überblick braucht es die Aufstellung einer „**Wheelmap**“ für die ganze Stadt zu allen Barrieren und Hindernissen, besonders und gerade auch zu allen Baustellen und Störungen. Hinzukommend braucht Tübingen eine „**Barriere-Meldestelle**“, d.h. eine Mailadresse/ Telefonnummer, unter der vorhandene Barrieren im öffentlichen Raum gemeldet werden können.

Die bauliche **Umgestaltung der Zugänge zu allen öffentlichen Dienststellen** und Gebäuden muss weiter vorangetrieben werden. Dazu gehört auch ein rascher Umbau in den wertvollen Bürgerbüros in den Stadtteilen und Teilorten.

8. Taktgefühl, Fürsorge und Gesundheit im Fokus!

Tübingen braucht eine **stabile, umfassende Haus- und Facharztversorgung**. Neben den Arztpraxen leisten unsere Tübinger Kliniken einen unverzichtbaren Beitrag für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung.

Die **ambulante, die stationäre und die Notfallversorgung müssen noch besser miteinander verzahnt** werden können. Ein bereits jetzt bestehendes Beispiel ist der **ambulante Hospizdienst**, der hervorragende Arbeit leistet. Das Universitätsklinikum ist für uns ein überregionaler und auch regionaler medizinischer Maximalversorger vor Ort, den wir weiter stärken wollen.

Unsere Kliniken sollen auch zukünftig ihre **sehr vielfältigen Arbeiten uneingeschränkt wahrnehmen** können. Hier gilt es die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen und den geplanten Ausbau und die Erweiterung der Klinikgebäude zu ermöglichen. Dazu gehört es auch, die Zuweisung von Ausbauplätzen, vor allem für die kliniknahe Forschung, zu unterstützen.

Eine medizinische Versorgung ohne das entsprechende Personal ist nicht möglich. Dazu gehört es auch zu ermöglichen, dass das **Klinikum als einer der größten Arbeitgeber der Stadt allen Arbeitnehmern geeignete Verkehrswege zum Klinikum anbieten kann**. Das bedeutet einerseits, die Bus- und Zugverbindungen aus den Teilorten und dem Umland zu verbessern, um einen Umstieg auf sie zu ermöglichen. Doch nicht für jeden Pendler ist der Umstieg oder Rückgriff auf den ÖPNV möglich. Deshalb muss es andererseits auch weiterhin möglich sein, die Kliniken mit dem Pkw anzufahren. Hier braucht es nach wie vor einen Ausbau der Parkmöglichkeiten für Patienten, Besucher und für die eigenen Mitarbeiter.

Ohne unsere Pflegedienste ist eine umfassende, effektive Gesundheitsversorgung in Tübingen nicht möglich. Um ihrer ohnehin engen Taktung keine weiteren Steine in den Weg zu legen, soll jedenfalls für die **Pflegedienste** nach wie vor die **Durchfahrt durch die Mühlstraße möglich** bleiben.

9. Trendsetter für eine nachhaltige Zukunft!

Wir stehen zum Schutz der Umwelt. Denn konservativ heißt für uns die **Bewahrung der Schöpfung**. Dazu gehört, unsere natürliche Lebensgrundlage zu bewahren und die notwendige Vielfalt in der Natur aufrechtzuerhalten, unsere Ökosysteme zu schützen sowie unsere regionale Landwirtschaft zu unterstützen. Doch es gilt die **Bevölkerung bei jedem Schritt mitzunehmen**, denn sie darf nicht durch zu schnelle und zu scharfe Veränderungen überfordert werden.

Um schon früh ein entsprechendes Bewusstsein zu fördern, soll das Thema **Umwelt und Nachhaltigkeit in den Schulen und Kindertageseinrichtungen in praktischer und ideologiefreier Form stärker eingebunden** werden, so etwa das Erleben von Wasser, Wind, Energie sowie die Aufklärung über Ernährung und Lebensmittel. Auch kleine Arten- und Naturschutzinitiativen sollen sich mit ihren Projekten und Vorhaben an die Stadt wenden können, um Projektmittel als Starthilfe akquirieren zu können.

Umweltschutz verlangt auch, die Flora in unserer Stadt besser **an den Klimawandel anzupassen**. Die vielfältigen Möglichkeiten umfassen z.B. das Pflanzen trockenheitsresistenter Bäume und von „Tiny Forests“ auf öffentlichen Flächen. Für die Bürger sollen Handreichungen erarbeitet werden, wie auch im Privatbereich die Bepflanzung von Flächen und Gärten an den Klimawandel angepasst werden kann. Durch solche Informationskampagnen, die den Bürgern beispielsweise das Aufstellen von Insektenhotels und bienenfreundlicher Bepflanzung empfehlen, soll die Förderung der **Biodiversität in der Stadt** weiter vorangetrieben werden.

Tübingen braucht das Konzept der **Schwammstadt**: Das Mikroklima soll so durch weitere Grünflächen und Bepflanzungen verbessert werden. Besonders die sinnvolle Begrünung von Oberflächen, beispielsweise auf Dächern und Fassaden, muss deutlich ausgebaut werden. Eine Pflicht, Dächer zu begrünen, lehnen wir jedoch ab, insbesondere wenn dies dazu führt, dass Bauvorhaben, etwa für den Bau von PV-Anlagen aus Eigeninitiative, nur mit erheblicher Umplanung und Kostensteigerung möglich sind. Weitere Bodenflächen sollten dort, wo es möglich und sinnvoll ist, entsiegelt werden, um **mehr Versickerungsflächen** zu schaffen. Unsere Infrastruktur zum Schutz vor Hochwasser soll stärker gepflegt und gewartet werden, um uns vor Hochwasser durch Starkregen besser zu schützen.

10. Treffpunkt Tübingen: Tradition und Trend in Freizeit und Kultur!

Kultur und Nachtleben

Unsere Kunst- und Kulturvereine erfüllen eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Kulturelle Aktivitäten mit Förderung durch kommunale Zuschüsse sollen deshalb immer für einen größtmöglichen Personenkreis zugänglich und kulturell breit ausgerichtet sein. Die CDU steht für eine verlässliche Förderung der Kulturvereine sowie der Theater, auch in den kommenden Jahren. Jedoch behalten wir es uns vor, die Förderung antisemitischer Kunst zu streichen.

Um die Tübinger Konzertkultur weiter voranzutreiben, braucht es nach wie vor den Bau einer **Konzerthalle**, die multifunktional nutzbar und mit Proberäumen für Chöre und Musikgruppen ausgestattet ist. Dafür gilt es, weiterhin einen geeigneten Standort zu evaluieren. Gleichzeitig brauchen wir in Tübingen einen offenen Ideenwettbewerb, wo wir in unserer Stadt die Schwerpunkte für Kultur setzen können.

Für das Tübinger Nachtleben fordern wir den Aufbau einer „**Toleranz-Säule**“ auf dem Holzmarkt. Diese kann auf nächtliche Lärmstörungen in der Innenstadt aufmerksam machen, ohne dabei Verbote auszusprechen. So wird das Nachtleben für junge Menschen und Studenten in Tübingen erhalten und gleichzeitig Rücksicht auf die Anwohner genommen. Ergänzend soll das Amt eines „**Nachtbürgermeisters**“ eingeführt werden, der als Bindeglied zwischen der Stadt und den gastronomischen Betrieben, den Anwohnern sowie den Gästen fungieren kann. Wir möchten auch zukünftig Initiativen für die Verbesserung des Tübinger Nachtlebens unterstützen.

Vereine und Ehrenamt

Wir stehen hinter dem Ehrenamt sowie der Tübinger Vereinsarbeit, denn unsere Stadt lebt von dem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement seiner Bürger in den Vereinen und Kirchen. Dies wollen wir mit der zeitnahen Einführung der „**Ehrenamtskarte**“ vor Ort honorieren. Durch sie erhalten Ehrenamtler Vergünstigungen in zahlreichen kulturellen Einrichtungen und sie ist eine Möglichkeit, um unsere Anerkennung und Wertschätzung für die vielen freiwillig Engagierten in unserer Stadt und die tausenden Stunden ehrenamtlicher Arbeit zum Ausdruck zu bringen. Durch eine neue **Ehrenamtsmesse** sollen Interessenten und Vereine in den Austausch kommen und Informationen mit dem Ziel der Mitgliedergewinnung erhalten. Durch ein **Online-Buchungssystem** der Stadt soll die Buchung städtischer Räumlichkeiten für Vereine und Gruppen vereinfacht und besser nutzbar werden. Vereine und insbesondere die Tübinger Sportvereine möchten wir von unnötigen bürokratischen Hürden der Stadt befreien und ihnen soweit möglich eine finanzielle Entlastung der ehrenamtlichen Arbeit ermöglichen. Traditionsvereine, mit kurzfristigen und vorübergehenden finanziellen Problemen sollten sich deshalb nicht auflösen müssen.

Hinzukommend brauchen Schulen und Vereine dringend mehr **Kapazitäten auf Sportplätzen und in Hallen**, denn das Training und der Sportbetrieb sind oftmals Kern ihrer Aktivitäten. Dazu müssen weitere Flächen vonseiten der Stadt bereitgestellt werden. Bestehende Sporthallen und -anlagen müssen laufend saniert und somit nutzbar bleiben, so etwa die Hermann-Hepper-Halle.

